

Öffentliche Bekanntmachung am 27.11.1998 im Amtsblatt mit dem Titel „Gemeinsames Amtsblatt der Städte Lunzenau und Penig und der Gemeinden Chursdorf, Langensteinbach, Tauscha und Thierbach“ – Nr. 12 / 1998

## **Satzung zum Schutz des Gehölzbestandes auf dem Gebiet der Stadt Penig ( vom 19.11.1998 )**

Aufgrund von § 22 und § 50 Absatz 1 Satz 1 Nr. 4 des Sächsischen Gesetzes über Naturschutz und Landschaftspflege ( Sächsisches GVBl. S. 1601, berichtigt 1995, S. 106 ) hat der Stadtrat von Penig mit Beschluss vom 19.11.1998 folgende Satzung erlassen:

### **§ 1 Schutzzweck**

Schutzzweck der Satzung ist:

1. die Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts sicherzustellen,
2. die Durchgrünung des Stadtgebietes zu gewährleisten bzw. zu erreichen,
3. das Orts- und das Landschaftsbild zu beleben und zu gliedern,
4. zur Erhaltung und Verbesserung des örtlichen Kleinklimas beizutragen,
5. den Biotopverbund mit den angrenzenden Teilen von Natur und Landschaft zu erhalten bzw. herzustellen,
6. schädliche Einwirkungen, insbesondere Luftverunreinigungen und Lärm, abzuwehren,
7. Lebensräume für Tiere zu erhalten,
8. einen artenreichen Gehölzbestand zu erhalten,
9. standort- und gewässertypische Gehölze an Gewässerrandstreifen zu erhalten und somit den biologischen Uferschutz zu gewährleisten.

### **§ 2 Schutzgegenstand**

- 1) Gehölze auf dem Gebiet der Stadt Penig werden nach Maßgabe dieser Satzung unter Schutz gestellt
- 2) Geschützte Gehölze im Sinne dieser Satzung sind:
  1. Bäume mit einem Stammumfang von 30 Zentimetern und mehr, gemessen in 1,0 Meter Höhe vom Erdboden aus. Bei mehrstämmigen Bäumen ist der Stammumfang nach der Summe der Stammumfänge zu berechnen. Liegt der Kronensatz niedriger, so ist der Stammdurchmesser unmittelbar unter dem Kronensatz maßgebend,
  2. Ersatzpflanzungen, die aufgrund von Anordnungen nach § 8 dieser Satzung sowie aufgrund sonstiger Rechtsvorschriften angelegt wurden, unabhängig von ihrem Stammumfang, bei Hecken und Sträuchern unabhängig von ihrer Höhe bzw. Länge,
  3. Sträucher einheimischer Pflanzenarten von mindestens 2 Metern Höhe,

4. Hecken aus einheimischen Gehölzen im Innenbereich ( § 34 Baugesetzbuch – BauGB ) ab 8 Metern Länge, im Außenbereich ( § 35 BauGB ) ab 2 Metern Länge,
5. in öffentlichen Park- und Grünanlagen gepflanzte oder gepflegte Gehölze, unabhängig von ihrer Größe,
6. hochstämmige Obstbäume mit einem Stammumfang von 50 cm und mehr, gemessen in 1,0 m vom Erdboden aus, außerhalb privater Grundstücke im baurechtlichen Innenbereich.

3.) Geschützt sind nicht nur die oberirdischen Teile der in den Absätzen 1 und 2 aufgeführten Gehölze, sondern auch deren Wurzelbereich.

Je nach Wuchsform der geschützten Gehölze sind folgende Wurzelbereiche geschützt:

1. Bei Bäumen mit kugel- bis eiförmiger Krone der Wurzelbereich unterhalb der Baumkronen, zuzüglich 1,5 Meter allen Seiten,
2. Bei Bäumen mit säulen- bzw. schlank kegelförmiger Krone der Wurzelbereich unterhalb der Baumkrone, zuzüglich 5 Meter nach allen Seiten,
3. Bei Sträuchern der Wurzelbereich unterhalb der Strauchkronen, mindestens aber 2 Quadratmeter um den Mittelpunkt des Strauches herum,
4. Bei Hecken der Wurzelbereich unterhalb der heckenbildenden Strauchkronen, zuzüglich 0,75 Meter nach allen Seiten.

4.) Die Bestimmungen der Satzung gelten nicht für:

1. Gehölze in Baumschulen und Gärtnereien, die zu gewerblichen Zwecken herangezogen werden,
2. Obstbäume in erwerbswirtschaftlich genutzten Obstplantagen und auf Privatgrundstücken ( außer Streuobstwiesen),
3. Gehölze im Wald im Sinne von § 2 des Waldgesetzes für den Freistaat Sachsen
4. Gehölze an öffentlichen Straßen, sowie Gleisanlagen, soweit die bestimmungsgemäße Nutzung dieser Anlagen durch Gehölze erheblich eingeschränkt oder behindert und dadurch die Verkehrssicherheit beeinträchtigt wird.
5. Gehölze in Kleingärten im Sinne des Bundes – Kleingartengesetzes,
6. Gehölze, die als Wildaufwuchs in künstlichen Uferbefestigungen eine zerstörerische Wirkung entfalten bzw. an und in Gewässern als Abflusshindernis wirken.
7. Gehölze an Grundstücksgrenzen innerhalb der im Sächsischen Nachbarrechtsgesetz festgelegten Grenzabstände,
8. Gehölze im Bereich der Leitungs- und Kanaltrassen von Versorgungsträgern.

5.) Diese Satzung gilt insoweit nicht, als weitergehende Vorschriften, insbesondere über Schutzgebiete gemäß den §§ 16 bis 21, 52 und 64 Absatz 1 Sächsisches Naturschutzgesetz ( SächsNatSchG ) und über geschützte Biotope nach § 26 SächsNatSchG den Schutzzweck nach § 1 gewährleisten und den Schutzgegenstand nach den Absätzen 1 bis 3 sicherstellen oder Bebauungspläne, Rahmenbetriebspläne nach BbergG, Satzungen nach § 21 Absatz 1 Sächsisches Denkmalschutzgesetz sowie Erhaltungssatzungen nach § 172 BauGB den §§ 4 bis 7 entgegenstehen.

6.) Diese Satzung ist nicht anzuwenden, soweit über eine erhebliche oder

nachhaltige Beeinträchtigung von nach den Absätzen 1 bis 3 geschützten Gehölzen im Rahmen der Eingriffsregelung nach den §§ 8 bis 11 SächsNatSchG zu entscheiden ist.

### **§ 3**

#### **Schutz und Pflegegrundsätze**

- 1.) Die nach § 2 geschützten Gehölze sind artgerecht zu pflegen und deren Lebensbedingungen so zu erhalten, dass ihre gesunde Entwicklung und ihr Fortbestand langfristig gesichert bleiben. Bei Baumaßnahmen sind die Bestimmungen der jeweils geltenden DIN zum Schutz von Bäumen, Pflanzenbeständen und Vegetation bei Baumaßnahmen einzuhalten

Bei der Beweidung von Flächen sind nach § 2 geschützte Gehölze durch geeignete Auskopplungsmaßnahmen vor Beschädigung, insbesondere vor Verbiss-, Scheuer- oder Trittschäden zu schützen.

- 2.) Die Stadt kann anordnen, dass der Eigentümer oder Nutzungsberechtigte des Grundstücks, auf dem sich nach § 2 geschützte Gehölze befinden, bei Gefährdung dieser Gehölze bestimmte Maßnahmen zu deren Pflege, Erhaltung und Schutz zu treffen hat.
- 3.) Werden nach § 2 geschützte Gehölze durch nicht beeinflussbare Faktoren wie Blitzschlag, Unwetter und dergleichen geschädigt so ist im Einzelfall zu entscheiden, ob die Gehölze erhalten werden können und welche Ersatzmaßnahmen im Falle der Zerstörung erfolgen sollen.

### **§ 4**

#### **Verbote**

- 1.) Die Beseitigung der nach § 2 geschützten Gehölze sowie alle Handlungen, die zur Zerstörung, Beschädigung oder die zu einer wesentlichen Veränderung ihres Aufbaus führen können, sind verboten. Eine wesentliche Veränderung des Aufbaus liegt vor, wenn an den nach § 2 geschützten Gehölzen Handlungen vorgenommen werden, durch die deren natürliches Erscheinungsbild verändert wird.
- 2.) Verboten ist insbesondere:
  1. den nach § 2 Absatz 3 geschützten Wurzelbereich durch Befahren mit Kraftfahrzeugen einschließlich des Parkens und des Abstellens sowie durch Ablagern von Gegenständen, Aufbringen von Asphalt, Beton oder ähnlichen wasserundurchlässigen Materialien so zu verdichten bzw. abzudichten, dass die Vitalität der Gehölze beeinträchtigt wird,
  2. im nach § 2 Abs. 3 geschützten Wurzelbereich von nach § 2 geschützten Gehölzen Abgrabungen, Ausschachtungen oder Aufschüttungen vorzunehmen,
  3. im nach § 2 Abs. 3 geschützten Wurzelbereich oder oberirdischen Bereich nach § 2 geschützter Gehölze feste, flüssige oder gasförmige Stoffe auszubringen bzw. freizusetzen, welche geeignet sind, das Gehölzwachstum zu gefährden. Der Einsatz von Streusalz darf nur nach vorheriger Beräumung des Schnees erfolgen und ist auf ein Mindestmaß zu beschränken.

4. an nach § 2 geschützten Gehölze Werbematerial wie Plakate, Schilder, Hinweistafeln usw. anzukleben, zu nageln, zu schrauben oder auf sonstige Schädigende Weise anzubringen,
5. an nach § 2 geschützten Gehölze Weidezäune bzw. Halterungen für Weidezäune zu befestigen,
6. die Rinde nach § 2 geschützter Gehölze abzuschneiden, abzuschälen oder sonst wie zu entfernen.

## **§ 5**

### **Ausnahmegenehmigung**

- 1) Die Stadt erteilt auf Antrag eine Ausnahmegenehmigung zur Beseitigung nach § 2 geschützter Gehölze, wenn dies zur Errichtung, Änderung oder Erweiterung baulicher Anlagen, einschließlich Ver- und Entsorgungsleitungen, nach den Vorschriften der Sächsischen Bauordnung ( SächsBO ) im Innenbereich erforderlich ist und eine Standortänderung der baulichen Anlage aus Gründen des Gehölzeschutzes nicht zumutbar wäre.
- 2) Die Stadt kann die Entscheidung nach Abs. 1 in der Zeit vom 1.März bis 30.September aussetzen oder sie auf die Zeit vom 1.Okt. bis zum Ende des Monats Februar befristen, wenn der Antragsteller keine zwingenden Gründe für die Unaufschiebbarkeit der beabsichtigten Maßnahme nachweisen kann. Dies gilt nicht, wenn der Antragsteller die Zulassung einer Ausnahme der unteren Naturschutzbehörden nach § 25 Abs. 2 Satz 2 SächsNatSchG erhalten hat.

## **§ 6**

### **Zulässige Handlungen**

1. die übliche Nutzung der nach § 2 geschützten Gehölze, gestalterische Maßnahmen zu ihrer Eingliederung in die Bebauung sowie Maßnahmen, die ihrer Pflege und Erhaltung dienen oder die zur ordnungsgemäßen und sicheren Nutzung von Anlagen erforderlich sind. Zulässig sind auch erforderliche Pflegemaßnahmen im Rahmen der Gewässerunterhaltung. Die Maßnahmen haben dem jeweiligen Stand fachlicher Erfahrungen und Techniken zu entsprechen.
  2. unaufschiebbare Maßnahmen zur Abwendung einer unmittelbaren Gefahr für Personen und Sachen insbesondere bei Maßnahmen, die der Erfüllung der allgemeinen Verkehrssicherungspflicht dienen. Die Maßnahmen sind auf das notwendige, den jeweiligen Umständen angemessene Maß unter Beachtung des Schutzzwecks dieser Satzung zu beschränken und der Stadt Unverzüglich anzuzeigen. Des weiteren sollen der Stadt innerhalb von 2 Wochen nach Durchführung der Maßnahme die Gründe für deren Unaufschiebbarkeit dargelegt sowie Mittel zu deren Nachweis aufgeführt werden.
- Äußert sich die Stadt gegenüber dem Anzeigerstatter zu der Maßnahme nicht innerhalb von 4 Wochen nach Eingang der Anzeige, so gilt die Zulässigkeit der Maßnahme als festgestellt.

## **§ 7**

### **Befreiungen**

- 1) Von den Verboten und Geboten dieser Satzung kann die Stadt nach § 53 SächsNatSchG auf Antrag Befreiung gewähren, wenn:
  1. die Durchführung der Vorschrift im Einzelfall
    - a) zu einer nicht beabsichtigten Härte führen würde und die Abweichung mit dem Schutzzweck nach § 1 zu vereinbaren ist oder
    - b) zu einer nicht gewollten Beeinträchtigung des Schutzgegenstandes nach § 2 führen würde oder
  2. überwiegende Gründe des Gemeinwohls die Befreiungen erfordern.
- 2) Befreiungen können mit Nebenbestimmungen versehen werden.
- 3) § 53 Absatz 3 SächsNatSchG gilt entsprechend.

## **§ 8**

### **Ersatzpflanzungen und Maßnahmen zur Abwehr von Beschädigungen und Folgeminderung**

- 1) Ersatzpflanzungen für nach § 2 geschützte Gehölze kann verlangt werden, wenn diese
  - a) entgegen § 4 oder
  - b) aufgrund einer Ausnahmegenehmigung nach § 5 oder einer Befreiung nach § 7 beseitigt oder zerstört wurden.
- 2) Den Umfang und die Qualität der Ersatzpflanzung legt die Stadtverwaltung nach pflichtgemäßem Ermessen auf der Grundlage der als Anlage zu dieser Satzung beigefügten Tabelle „Richtwerte zur Festlegung von Ersatzpflanzungen“ fest.
- 3) Die Ersatzpflanzung ist auf dem von der Veränderung des nach § 2 geschützten Gehölzbestandes betroffenen Grundstück vorzunehmen. Ist dies aus tatsächlichen Gründen nicht möglich, kann die Stadt die Ersatzpflanzung auf einem anderen dafür geeigneten Grundstück des Verursachers oder auf einem Grundstück der Stadt anordnen.

Im Einzelfall kann die Ersatzpflanzung auch auf einem anderen Grundstück im Geltungsbereich dieser Satzung zugelassen werden. Sollte auch dies nicht möglich sein, ist im Einzelfall ein finanzieller Ausgleich festzusetzen. Die Entscheidung zum finanziellen Ausgleich sowie zu dessen Höhe trifft die Stadt Penig nach pflichtgemäßem Ermessen.
- 4) Die Ersatzpflanzung gilt nur dann als wirksam vollzogen, wenn die Gehölze anwachsen. Angewachsen ist ein Gehölz, wenn es am Ende der dritten Vegetationsperiode einen austriebsfähigen Zustand aufweist. Wächst die Ersatzpflanzung nicht an, kann die Stadt am gleichen Standort eine Wiederholung der Ersatzpflanzung verlangen. Ersatzpflanzungen kann auch an anderen geeigneten Standorten solange verlangt werden, bis der wirksame Vollzug im Sinne von Satz 1 festgestellt wird.
- 5) Zur Ersatzpflanzung ist der Verursacher verpflichtet. Verursacher ist, wer Handlungen entgegen § 4 vornimmt oder eine Ausnahmegenehmigung nach § 5 oder eine Befreiung nach § 7 erhalten hat.

- 6) Die Stadt kann auch Anordnungen treffen, die erforderlich und zweckmäßig sind zur Abwendung von Handlungen, die zur Zerstörung, Beschädigung oder wesentlichen Veränderung des nach § 2 geschützten Gehölzbestandes oder zur Minderung der Folgen der vorgenannten Handlungen führen. Werden nach § 2 geschützte Gehölze beschädigt, kann vom Verursacher deren Sanierung verlangt werden, wenn diese Erfolg verspricht.  
Muss das nach § 2 geschützte Gehölz aufgrund der Beschädigung und dem daraus resultierenden Verlust an Lebenskraft innerhalb von 4 Jahren beseitigt werden, kann die Stadt den Verursacher zur Ersatzpflanzung verpflichten.

## **§ 9**

### **Verfahren zur Erteilung einer Ausnahmegenehmigung nach § 5 oder zur Entscheidung über die Befreiung nach § 7**

- 1) Die Erteilung einer Ausnahmegenehmigung nach § 5 oder einer Befreiung nach § 7 ist mindestens 2 Wochen vor der geplanten Durchführung der Maßnahme schriftlich bei der Stadt zu beantragen. Mit dem zu begründenden Antrag sind Lagepläne einzureichen, die Angaben über Standorte, Arten, Ausmaße (Stammumfang in Zentimetern, gemessen in 1 Meter Höhe vom Erdboden aus, Höhe und Kronendurchmesser) der nach § 2 geschützten Gehölze und in den Fällen des § 5 Angaben über zwingende Gründe für die Unaufschiebbarkeit der Maßnahme in der Zeit vom 01. März bis 30. September enthalten sollen.

Die Stadt entscheidet über die Anträge nach Satz 1 innerhalb der dort genannten Frist. Für die Entscheidung über die Erteilung einer Ausnahmegenehmigung gilt dies nur, sofern diese Entscheidung keinen anderen Gestattungen nach Absatz 2 bedarf.

- 2) Ist für die Erteilung eine Ausnahmegenehmigung nach § 5 nach anderen Rechtsvorschriften eine Gestattung (§ 10 Absatz 1 Satz 1 SächsNatSchG) erforderlich, entscheidet die hierfür zuständige Behörde im Einvernehmen mit der Stadt.

Im Falle des § 5 Absatz 1 entscheidet die Stadt unverzüglich, bei genehmigungsbedürftigen baulichen Anlagen jedoch spätestens bis zur Vorlage der Antragsunterlagen an die Baugenehmigungsbehörde über die Herstellung des Einvernehmens. Liegt dem Antrag weder eine Baugenehmigung noch einer Bauvoranfrage nach den Vorschriften der SächsBO zugrunde, setzt die Stadt die Entscheidung über den Antrag auf Erteilung einer Ausnahmegenehmigung nach § 5 Absatz 1 bis zur Vorlage entsprechender Antragsunterlagen, längstens jedoch für die Dauer von 6 Monaten aus. Im übrigen entscheidet die Stadt über das Ersuchen der Gestattungsbehörde auf Herstellung des Einvernehmens innerhalb eines Monats nach Eingang des Ersuchens. Das Einvernehmen gilt als erteilt, wenn es nicht innerhalb dieser Frist gegenüber der Gestattungsbehörde verweigert wird.

## **§ 10**

### **Betreten von Grundstücken**

Bedienstete oder Beauftragte der Stadt sind zum Zwecke der Durchführung dieser Satzung unter den Voraussetzungen des § 54 Absatz 2 SächsNatSchG berechtigt, Grundstücke in Begleitung eines Bediensteten oder Beauftragten der Naturschutzbehörden, Fachbehörden oder Polizeivollzugsbediensteten zu betreten.

## **§ 11 Ordnungswidrigkeiten**

- 1) Ordnungswidrig im Sinne des § 16 Absatz 1 Nr. 1 SächsNatSchG handelt., wer entgegen § 4 nach § 2 geschützte Gehölze vorsätzlich oder fahrlässig beseitigt oder Handlungen vornimmt, die zu deren Zerstörung, Beschädigung oder wesentlichen Veränderungen ihres Bestandes oder Aufbaus führen.

Ordnungswidrig im Sinne des § 61 Absatz 1 Nr.1 SächsNatSchG handelt insbesondere, wer:

1. entgegen § 4 Abs. 2 Nr. 1 den Boden im nach § 2 Abs. 3 geschützten Wurzelbereich durch Befahren mit Kraftfahrzeugen einschließlich parken und des Abstellens sowie durch Ablagern von Gegenständen, Aufbringen von Asphalt, Beton oder ähnlichen wassertundurchlässigen Materialien so verdichtet bzw. abdichtet, das die Vitalität der Gehölze beeinträchtigt wird,
  2. entgegen § 4 Abs. 2 Nr. 2 im nach § 2 Abs. 3 geschützten Wurzelbereich von nach § 2 geschützten Gehölzen Abgrabungen, Ausschachtungen oder Aufschüttungen vornimmt.
  3. entgegen § 4 Abs. 2 Nr. 3 im nach § 2 Abs. 3 geschützten Wurzelbereich oder oberirdischen Bereich von nach § 2 geschützten Gehölzen feste, flüssige oder gasförmige Stoffe ausbringt bzw. freisetzt, welche geeignet sind, das Gehölzwachstum zu gefährden,
  4. entgegen § 4 Abs. 4. 2Nr. 4 an nach § 2 geschützten Gehölzen Werbematerial wie Plakate, Schilder, Hinweistafeln usw. anklebt, annagelt, anschraubt oder auf sonstige schädigende Weise anbringt.
  5. entgegen § 4 Abs. 2 Nr. 5 an nach § 2 geschützten Gehölzen Weidezäune bzw. Halterungen für Weidezäune befestigt,
  6. entgegen § 4 Abs. 2 Nr. 6 die Rinde nach § 2 geschützter Gehölze abschneidet, abschält oder sonst wie entfernt.
- 2) Ordnungswidrig im Sinne des § 61 Absatz 1 Nr. 1 handelt auch,, wer ohne schriftliche Ausnahmeregelung vorsätzlich oder fahrlässig bei der Errichtung, Änderung oder Erweiterung baulicher Anlagen, einschließlich Ver- und Entsorgungsleitungen nach § 2 geschützte Gehölze beseitigt oder beschädigt.
  - 3) Ordnungswidrig im Sinne des § 61 Absatz 1 Nr. 1 handelt des weiteren, wer vorsätzlich oder fahrlässig:
    1. seiner Anzeigepflicht gemäß § 6 Nr. 2 Satz 2 nicht oder nicht fristgerecht nachkommt,
    2. auf Grundlage von § 8 angeordneten Ersatzpflanzungen oder Sanierungsmaßnahmen nicht, nicht fristgerecht oder nicht ordnungsgemäß durchführt,

3. den mit einer Befreiung nach § 7 verbundenen Nebenbestimmungen nicht, nicht fristgerecht oder nicht ordnungsgemäß nachkommt,
  4. einem Bediensteten oder Beauftragten der Stadt den Zutritt gemäß § 10 auf seinem Grundstück verweigert.
- 4) Ordnungswidrigkeiten können mit einem Bußgeld von mindestens 50,00 DM, aber höchstens 100.000,00 DM geahndet werden.

## **§ 12 Inkrafttreten**

Diese Satzung tritt am Tag nach der öffentlichen Bekanntmachung in Kraft.

Penig, den 19.11.1998

gez.  
Eulenberger  
Bürgermeister

Siegel



## Anlage zur Satzung zum Schutz des Gehölzbestandes Auf dem Gebiet der Stadt Penig

### Richtwerte zur Festlegung von Ersatzpflanzungen

Für beseitigte oder zerstörte Gehölze können von der Stadt Penig Ersatzpflanzungen folgender Qualität und Quantität angeordnet werden:

<b>Stammumfang bei Bestandsminderung</b>	30 – 50 cm	> 50 – 90 cm	> 90 – 150 cm	> 150 – 220 cm	> 220 cm
<b>Anzahl und Klasse des Ersatzes</b>	<b>5 x A</b> <u>oder</u> <b>2 x B</b>	<b>5 x B</b> <u>oder</u> <b>2 x C</b>	<b>5 x C</b>	<b>5 x D</b> <u>oder</u> <b>10 x C</b>	<b>5 x E</b> <u>oder</u> <b>12 x C</b>

<b>Pflanzklasse</b>	<b>Zu verwendende Pflanzgröße</b>
A	Heister bis 3 m Höhe
B	Hochstamm, Stammumfang 8 – 14 cm
C	Hochstamm, Stammumfang 14 – 20 cm
D	Hochstamm, Stammumfang 20 – 30 cm
E	Solitär, Stammumfang 30 – 50 cm

Großsträucher und Hecken sind durch einfache Ersatzpflanzung von mittlerer Baumschulqualität zu ersetzen.

Bei der Festlegung der Ersatzpflanzungen für ein beseitigtes bzw. zerstörtes geschütztes Gehölz werden berücksichtigt:

1. Das Erscheinungsbild / die Vitalität (handelt es sich um ein besonders prächtig entwickeltes Gehölz?, ist unter Berücksichtigung des durchschnittlich zu erwartenden Lebensalters des betreffenden Gehölzes weiterer Zuwachs zu erwarten?, weist das Gehölz Merkmale auf, die es bereits als abgängig erkennen lassen?),
2. Der ökologische Wert oder ggf. die lokale oder regionale Seltenheit (z. B. einheimische Lindenarten ökologisch wertvoller als Krim-Linde),
3. Als Ersatzpflanzung sind einheimische Gehölzarten, welche sich für den jeweiligen Standort eignen, zu verwenden.